

Der politische Auftrag des Protestantismus in Europa — Gegen die Anwendung der Tortur — Wann ist ein Film moralisch tragbar? — Religion und Kirche in der UdSSR

Der politische Auftrag des Protestantismus in Europa

Der geschäftsführende Generalsekretär des Evangelischen Kirchentags, Hans Hermann Walz, hat 1955 ein kleines, aus Vorträgen entstandenes Büchlein erscheinen lassen, *Der politische Auftrag des Protestantismus in Europa*, Mohr, Tübingen, das jetzt eine ausführliche Besprechung in der Neuen Zürcher Zeitung (vom 10. März 1957) gefunden hat.

Ein „gewichtiges Bändchen“ nennt es der Rezensent der Zeitung, „das gerade in diesen Tagen aufmerksam gelesen zu werden verdient“. Wichtig scheint uns das Bändchen tatsächlich zu sein, und zwar weniger wegen der geschichtlichen, das Mittelalter betreffenden Erkenntnisse, die der Verfasser vorträgt – richtigere Ansichten darüber sind in dieser Zeitschrift (158 [1955/56] 13 und 91) zu finden – als vielmehr wegen der Aufgaben, die er dem heutigen Protestantismus zuweist.

Wir können dabei übergehen, was Walz über die Einstellung der drei Reformatoren zu „Europa“ sagt – Calvin ist nach ihm der modernste von ihnen. Wichtig ist sein Urteil über den Anteil des Protestantismus an der Entwicklung des modernen Staates: „Zwar ist es unrichtig, den Protestantismus in seiner Gesamtheit ursächlich mit „Europa“ und damit mit der Idee des souveränen und autonomen Staates zu verknüpfen. Wir haben uns klar gemacht, daß jedenfalls die Reformatoren auch anderen Möglichkeiten gegenüber offen waren und daß keiner von ihnen den „modernen Staat“ wollte, so wie er sich in den folgenden Jahrhunderten entwickelt hat. Dasselbe wäre von vielen Nachfolgern der drei großen Reformatoren: Theologen, Juristen, Politikern und Philosophen, zu sagen. Daß der Nationalstaat das Ideal der Reformation gewesen sei, darauf ist man erst im Deutschland des 19. Jahrhunderts verfallen. Wohl aber ist es wahr, daß der Protestantismus nicht die politisch schöpferische Kraft besessen hat, mit einer eigenen Konzeption dem Zug der Zeit entgegenzutreten. Im großen und ganzen hat er in der Tat das Werden des modernen Staates von seinen Anfängen an bis zu seinem Ende begleitet: erst in Gestalt von evangelischen Landesvätern und ihren Hofpredigern, dann in Gestalt des protestantischen Bürgertums der Städte, wo sich die politische Demokratie und der wirtschaftliche Kapitalismus gebildet haben, und schließlich in Gestalt religiöser Verklärung des nationalen Freiheitsgedankens von Wilhelm von Oranien über Ernst Moritz Arndt bis zur sogenannten Reichsgründung von 1871, Treitschke und Walter Flex. Nur das letzte, die universalistische Übersteigerung des Nationalstaates, hat der Protestantismus im ganzen nicht mehr mitgemacht“ (47).

Dieser „moderne“ souveräne Staat europäischer Prägung und „Europa“ als ein Bündel souveräner Staaten sind „zum Tode verurteilt“. „Der Rechtstitel zu diesem Urteil ist gegeben wegen der Fülle von Unrecht, Raub und Überfall, Machtgier und Nationalhaß, Ausrottung und Vertreibung großer Menschengruppen, die der moderne Staat auf sich geladen hat“ (51). Es fragt sich nur, wer es vollstrecken wird: der reiche Onkel Amerika oder der große Nachbar im Osten. Was ist die Rolle des Protestantismus in diesem Prozeß? „Die eines Totengräbers, der über kurz oder lang dem Toten in das Grab folgt? Ich muß offen sagen, daß im Blick auf viele unserer evangelischen Kirchen und Gemeinden in Europa mich oft eine

Angst überkommt, es könnte so sein. Die Bindung protestantischer Kirchen an den nationalen Staat, die Furcht vor einer als römisch-katholisch empfundenen Abendlands-idee scheint vielfach so stark zu sein, daß jedes schöpferische Weiterdenken gelähmt wird. Aber ist nicht selbst die Rolle des Totengräbers, so bescheiden sie aussehen mag, hier eine angemessene Rolle? Wenn schon von einem Prozeß die Rede ist, gehört dann der Protestantismus nicht eben mit auf die Anklagebank neben den Nationalstaat und das in Hegemoniekämpfen zerrüttete Europa? Gilt dann das Urteil nicht auch ihm?“ (51f.).

Wenn dies vermieden werden soll, dann muß der Protestantismus eines tun: Buße. Diese besteht darin, daß er sich auf seinen eigentlichen Auftrag besinnt: den Menschen das Evangelium zu künden. Er wird also nicht mit einem politischen oder sozialen Programm kommen können, nicht mit einer Aufforderung zum Kampf gegen den Bolschewismus oder zum grundsätzlichen Pazifismus im Namen Gottes. Aber er darf sich auch nicht mit religiösem Pathos in die politische Unverbindlichkeit zurückziehen. Er muß mit wachem Auge überall dabei sein, wo es um den Menschen geht, ohne dabei der Parteibildung, dem Klerikalismus, zu verfallen. Der Protestantismus kann heute nicht politische Programme vorlegen, sondern zur Bildung eines politischen Ethos beitragen, insbesondere Ziel und Grenze des Politischen abstecken. Jenes ist das irdische Wohl des Menschen, diese ist durch die Bestimmung des Menschen zum ewigen Heil gesetzt. Dieses kennt man durch die Offenbarung, um jenes weiß man durch die *communis opinio*. Das irdische Wohl bildet für den Menschen nur die Grundlage, auf der er in Freiheit seine ewige Bestimmung ergreifen soll. Je mehr Bedingungen für mögliche Freiheit ein Staat verwirklicht, um so bessere Politik treibt er. Vor allem aber muß die Frage der letzten Wahrheit, die um Heil oder Unheil, im politischen Raum unentschieden bleiben, wenn die Gefahr des totalitären Staates gebannt werden soll. Das bedeutet eine Entsakralisierung des Politischen, einen Wertrelativismus. Darum kann es durchaus sein, daß im politischen Raum nicht nur Interessen und Kräftegruppen miteinander ringen, sondern auch Werturteile über Gut und Böse strittig sind. Dieser Wertrealismus wird nur dann nicht zur tatenlosen Skepsis, wenn er sich um das Wohl des Menschen kümmert, und der Ideenpluralismus wird nur dann nicht zum Schrittmacher eines politisch-weltanschaulichen Monismus, wenn er die Freiheit des andern achtet. Diese Grundeinstellung nun hat sich vor der heutigen konkreten Aufgabe zu bewähren, vor der weitgehenden Integration wichtiger Teile Europas. Soweit der Verfasser.

Ein „gewichtiges Bändchen“ nennt es die *Neue Zürcher Zeitung*, das „von theologischer Seite in dieser und jener Hinsicht nicht unwidersprochen bleiben“ mag. Aber die Zeitung gibt zu, daß es im besten Sinn des Wortes zeitgemäß ist, vor allem, weil es sich mutig zum Europagedanken bekenne. Aber ist dieses Europa wirklich nur eine pragmatische Angelegenheit, geht Politik wirklich darin auf, „ihn (den Menschen) vor dem Hunger, ihn vor Obdachlosigkeit, ihn vor der Versklavung zu bewahren“ (59). Europa war immer mehr, und man braucht noch keinem Mythos vom Abendland anzuhängen, wenn man der Meinung ist, daß nur eine Besinnung auf die letzten Werte des christlichen Geistes auch dieses neue Europa, das gewiß nicht mehr in mittelalterlichen Formen zu leben vermag, retten wird. Aber hier ist eben die schwächste Stelle in den Ausführungen von Walz. Nach ihm müssen wir es begrüßen (also ist es offenbar rechtens so!), daß im politischen Raum auch die Werturteile, selbst das Urteil über Gut und Böse, strittig sind. Das muß so sein, wenn als letztes Kriterium eine *opinio communis* angenommen wird, die im Grunde nichts anderes ist als das, was eben alle meinen. Aber ist das richtig, was alle für richtig halten? Muß das nicht eben dorthin führen, was Walz unter allen Umständen vermeiden möchte, zum Heraufkommen des totalitären

Staates, der eben notwendig dort sich als letzter Wert setzt, wo keine metaphysisch begründeten, sondern nur mehr durch die *opinio communis* gegebenen Werte gelten? Denn diese ist offenbar nichts anderes als das, was man allgemein für richtig und erstrebenswert hält. Wie anders könnte Walz sonst einen derartigen Wertrelativismus für begrüßenswert halten, auch wenn es sich „nur“ um den politischen Raum handelt. Nein, die *opinio communis* muß tiefer gefaßt werden. Sie kann nur das sein, was alle, wenigstens die vernünftigen und verantwortungsbewußten Leute, deswegen für richtig ansehen, weil es sich um Ansichten handelt und um Überzeugungen, die dem Menschen gleichsam mitgeboren sind, die man in einer abendländischen Sprechweise als „Naturgesetz“ (nicht zu verwechseln mit dem physikalischen Naturgesetz) bezeichnet und die die Grundlage des gesamten geistigen und sittlichen Lebens dieses Erdteils bildeten. Diese Wahrheiten haben ihren letzten Grund in der Geistnatur des Menschen, die ein und dieselbe in allen Menschen ist.

Zu diesen Wahrheiten freilich läßt sich vom christlichen Glauben her wohl Stellung nehmen, wenn anders der eine Gott Schöpfer dieser Natur und Erlöser des Menschen ist. Das heißt nicht, daß man vom christlichen Glauben her immer schon fertige Programme und Lösungen anbieten könnte, wohl aber, daß man Richtlinien, Wegweisungen, Anregungen und auch Korrekturen von ihm erwarten darf und muß. Die ethische Ausrichtung, die die Politik vom Glauben empfängt, ist nicht rein formaler Natur, wie es bei Walz der Fall ist, sie ist auch inhaltlich bestimmt. Ein rein formales Ethos – was ist es überhaupt? – hat keine Kraft, jene Entwicklung aufzuhalten, die heute als große Gefahr die liberalistische Demokratie des Westens bedroht: hin zum totalitären Staat. Nur eine von der christlichen Offenbarung auch inhaltlich bestimmte politische Ethik kann diese Gefahr wirksam bannen.

Gegen die Anwendung der Tortur

Die moderne Welt, die eine Welt in Freiheit sein will, sieht sich vor die erschreckende Tatsache gestellt, daß die Folter, die sie längst überwunden glaubte, in ihrer Mitte wieder auftaucht. Ja, die moderne Wissenschaft, die Medizin, die Chemie, die Psychologie ermöglichen im Bund mit der entwickelten Technik Methoden der Willensbrechung und der Zerstörung der Person, denen gegenüber etwa die mittelalterliche Folter fast menschlich-harmlose Züge trägt.

Aber das Problem liegt noch anders: Die Menschen der freien Welt hielten es für ausgemacht, daß das Wiedererstehen der Folter ein typischer Ausdruck der Dämonie der totalitären Staaten sei. Tortur im 20. Jahrhundert, das ließ ohne weiteres an die von NKDW und Gestapo begangenen Greuel denken. Doch jetzt werden sie von der schrecklichen Entdeckung aufgerüttelt, daß Polizei- und Militärorgane ihrer eigenen demokratischen und freien Staaten nach ähnlichen Methoden greifen, um das Schweigen Angeklagter zu brechen und jeden Widerstand bis in den Kern der Person hinein zu verfolgen.

Für Frankreich hat der erbitterte Kampf in Nordafrika dieses Problem blitzartig in Erscheinung treten lassen. Durch die französische Presse gehen stürmische Anklagen gegen die Regierung; die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe von Frankreich meint offenbar eben die in Algier angewandte Folter zur Erpressung von Geständnissen, wenn sie in einer Erklärung zu der Lage in Nordafrika feierlich betont: „In der gegenwärtigen Krise müssen alle und muß jeder einzelne sich daran erinnern, daß es niemals erlaubt ist, und wäre es auch zugunsten einer guten Sache, sich innerlich schlechter Mittel zu bedienen.“

In den Editions du Seuil hat P.-H. Simon eine mutige Schrift „Gegen die Tortur“ veröffentlicht, die laut ihre Stimme gegen diese furchtbare Verirrung erhebt,